

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 60 Rp.

Das Projekt «Suchtprävention im Lehrlingswesen» beginnt

Medienorientierung gestern vormittag mit Josef Nigsch und Gerald Koller über das mehrstufige Ausbildungsprogramm

(S. M.) – «Suchtprävention im Lehrlingswesen». Unter diesem Titel will das Amt für Berufsbildung und die liechtensteinische Drogenkommission im Rahmen der Lehrmeisteraus- und Weiterbildung dieser aktuellen Situation entgegenzutreten und Präventivmassnahmen einleiten. In einem mehrstufigen Ausbildungsprogramm, das im März beginnt und bis Ende Jahr dauert, sollen Lehrmeister, Lehrlinge, Lehrtöchter, Eltern, Berufsschullehrer und -lehrerinnen sowie alle Interessierten in die Thematik eingeführt werden. Gestern Donnerstag fand im Schulungsraum des Regierungsgebäudes in Vaduz eine Medienorientierung zum Projekt statt.

Die weltweite Zunahme der Sucht- und Drogenprobleme hat auch vor Liechtenstein und unserer Gesellschaft nicht Halt gemacht. Immer öfters werden Eltern, Lehrmeister und Lehrer mit Sucht- und Drogensituationen konfrontiert.

Im Rahmen der Lehrmeisteraus- und -weiterbildung, die dem Amt für Berufsbildung obliegt, will man zusammen mit der liechtensteinischen Drogenkommission dieser Situation Rechnung tragen und Präventivmassnahmen einleiten. Als Leiter des Projektes «Suchtprävention im Lehrlingswesen» stellt sich Gerald Koller, freier Pädagoge, zur Verfügung. Seit 1986 befasst er sich speziell mit der Suchtprävention.

Prävention im Mittelpunkt

Derzeit gibt es rund 900 Lehrlinge in Liechtenstein, 70 Prozent aller Jugendlichen absolvieren eine Berufslehre. Josef Nigsch: «Suchtprobleme im Lehrlingswesen zeigen sich durch einen Leistungsabfall im Lehrbetrieb und können zu starken Depressionen führen. Nicht selten kommt es zu einer Auflösung des Lehrverhältnisses und somit zum Ausstieg aus der Berufslehre.»

Das Hauptgewicht der ganzen Sucht-



Josef Nigsch (l), Leiter des Amtes für Berufsbildung und Gerald Koller, Projektleiter und Pädagoge, stellen an einer Medienorientierung das Projekt «Suchtprävention im Lehrlingswesen» vor. (Foto: S. Elkuch)

bekämpfung liegt nach heutigen Erkenntnissen eindeutig in der Prävention, nach dem Leitsatz «Vorbeugen ist besser als Heilen.» Wir messen diesem Projekt eine grosse Bedeutung bei. Ohne Schulung der Lehrbetriebe und der Lehrmeister in dieser speziellen Problematik kommen wir nicht weiter und werden diese Situationen nicht in den Griff bekommen. Es ist an der Zeit, dass auch von unserer Seite her ein Beitrag zur Suchtbekämpfung geleistet werden muss», so Josef Nigsch weiter.

Mehrstufiges Ausbildungsprogramm

Im März beginnt ein mehrstufiges Ausbildungsprogramm, das bis Ende Jahr dauert. Neben den Lehrmeistern, die in der Regel auch einen Elternteil bilden, sind Lehrlinge, Lehrtöchter, Berufsschullehrer und -lehrerinnen sowie alle Interessierten zur Teilnahme an den

verschiedenen Veranstaltungen eingeladen. Gerald Koller über das Programm: «Wir haben mit der Suchtprävention nicht die Spitze des Eisbergs in Sicht, sondern wir wollen den Eisberg von unten angehen. Mit diesem Projekt versuchen wir, ein koordiniertes Vorgehen in der Suchtprävention zu ermöglichen.» Dabei sei es wichtig, so meint Gerald Koller weiter, dass bei Suchtprävention nicht nur über Drogen geredet werde. «Wenn Sucht nur auf illegale Drogen beschränkt wird, wirkt das für unsere Arbeit kontraproduktiv. Wir müssen auch die Alkoholsucht und den Medikamentenmissbrauch in den Blickfeld bewahren. So gibt es beispielsweise in Österreich rund 130 000 Medikamentenabhängige.»

Verschiedene Ursachen können nach Meinung von Gerald Koller zu Suchtproblemen führen. «Eine wichtige Rolle

spielt das Umfeld. Zukunftserwartungen, die besonders an Jugendliche gestellt werden und gewisse Wertvorstellungen unserer Gesellschaft. Ein zweiter Punkt sind die Konflikte, die oft verdrängt werden und denen mit einer Berausung ausgewichen wird. Ursachen können aber auch in der Identität gefunden werden. Wenn Menschen zu hohe Leistungsnormen an sich selbst stellen und «Krücken» brauchen, um dies durchzuhalten oder zu erreichen.»

Vielfältige Veranstaltungen

«SUACHA? LAEBA» – so heisst das Logo, das von einer Schülerin der Grafikerschule in St. Gallen entworfen wurde und das Projekt während dieses Jahres begleiten soll. Gerald Koller über die vier Projektphasen: «Die Sensibilisierungsphase beginnt im kommenden Monat. Die Leute sollen auf dieses Projekt aufmerksam gemacht werden.»

Es wird mit einer Vortragsreihe begonnen: Zwei Vorträge finden im Oberland, zwei im Unterland statt. Für die Lehrlinge und Lehrtöchter werden vier Vorträge organisiert, die für sie als Pflichtveranstaltung gelten. Den zweiten Teil des Programms nennen wir Aktivierungsphase. Es wird eine Ideenwerkstatt organisiert.

In der dritten Phase geht es um die Vertiefung. Hier werden speziell jene Menschen angesprochen, die direkt mit Suchtproblemen konfrontiert werden. Dazu findet im Herbst an vier Wochenenden eine Seminarreihe zu diversen Themen statt. Im letzten Teil des Programms geht es um die Kontinuität. Es wird der Frage nachgegangen, wohin sich Menschen mit Suchtproblemen wenden können. Von einer Arbeitsgruppe soll eine Broschüre für Lehrmeister herausgegeben und Anlaufstellen sollen bekanntgegeben werden.»

CH-Europapolitik in Schwung halten

Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat will die Europapolitik in Schwung halten, um der Schweiz eine Isolation und der Wirtschaft weitere Konkurrenz Nachteile zu ersparen. Er legte dem Parlament am Donnerstag das vor Monatsfrist angekündigte Gesamtprogramm vor, das eine Fitnesskur für die Wirtschaft und die Gesetzgebung vorschlägt und alle Integrationsmöglichkeiten offenhält.

Als Erstrat wird sich der Ständerat bereits in der dritten Woche der März-Session mit der Botschaft befassen, wobei konkret die Übernahme von 27 bereits einmal behandelten Eurolex-Vorlagen zu behandeln ist. Bundesrat Rene Felber unterstrich vor der Presse, das Folgeprogramm müsse als Ganzes behandelt und akzeptiert werden, wenn nicht der Schwung der Integrationspolitik verloren gehe solle. Noch deutlicher wurde Bundesrat Arnold Koller: Der gemächliche, auf Perfektionismus bedachte Tramp der Gesetzgebung sei endgültig vorbei. Eine rasche und integrale Behandlung der Vorlagen dränge sich gebieterisch auf, sonst türmten sich zu grosse Hindernisse zu den Handelspartnern auf. Wenn die Chance nicht gepackt werde, das Recht in einem Sprung an Europa anzupassen, so werde die Schweiz sehr bald einen hohen Preis dafür zahlen, sagte Koller. Die Bundesräte machten deutlich, dass zwar eine Teilnahme am Kohäsionsfonds nicht mehr in Frage komme, die Schweiz aber bereit sei, ein Entgegenkommen Europas in wichtigen Problembereichen zu honorieren. Dies betrifft gemäss Koller das Angebot der EFTA an die Schweiz, an der Fortentwicklung des EWR-Rechts als Beobachterin teilzunehmen.

Integrationspolitisch bleibt es dabei, in bilateralen Verhandlungen Annäherungen an die EG zu erzielen. Prioritär sind Abkommen für den Luftverkehr und über Forschungsprogramme.

Eschen auf gesundem Sparkurs

VOLKSBLATT-Serie über die Gemeindebudgets '93 – Blick nach Eschen

Der Gemeinderat von Eschen verabschiedete im Dezember 1992 ein Budget für 1993, das gekennzeichnet ist von einem gesunden Sparkurs. Allein die Rückführung des Investitionsvolumens um 5,6 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget spricht eine deutliche Sprache.

So ist in Eschen Sparsamkeit angesagt. Entsprechend gestaltet sich – neben den laufenden Ausgabenverpflichtungen – die Investitionstätigkeit 1993. Das Nettobudget wurde mit 3,8 Mio. Franken verabschiedet. Dabei liegt der Schwerpunktbereich der Investitionstätigkeit für 1993 auf dem Tiefbausektor, für den Ausgaben in Höhe von 2,258 Mio. veran-

schlagt worden sind, für Hochbauten dagegen nur 212 000 Franken. Hier ist mehr als die Hälfte für Planungen von grösseren Projekten (Schulsanierung Nendeln, Feuerwehrdepot Eschen) eingesetzt.

Relativ hoch sind auch die Zuschüsse für die Beteiligungen an regionalen Projekten, nämlich fast 0,9 Mio. Franken.

Und dies zweckgebunden. Auch gibt der Vorsteher von Eschen zu bedenken, dass die vom Staat gekürzten Subventionssätze den Handlungsspielraum für die Gemeinden sehr einengen.

(Einzelheiten zum Budget 1993 von Eschen im Innern dieser Ausgabe.)



Blick in das Zentrum der Gemeinde Eschen. Hier wird sich das Bild in den nächsten Jahren wahrscheinlich stark verändern. (Archivbild)

Weiterer Schritt zur Reststoffdeponie

Gemeinde Schaan bewilligt Baugesuch für Schwabbrünnen

Die Realisierung der Reststoffdeponie im ehemaligen Steinbruch Schwabbrünnen ist ein Schritt weitergekommen. Der Gemeinderat von Schaan bewilligte in seiner Sitzung vom 27. Januar das Baugesuch einstimmig. Neben Schaan will sich auch Eschen an der Deponie beteiligen. Bis zum Baubeginn dürfte jedoch noch einige Zeit verstreichen, muss das Baugesuch doch noch von verschiedenen Instanzen gutgeheissen werden, wobei auch die Bauherrschaft, der Verein für Abfallbeseitigung (VfA), den definitiven Beschluss noch fassen muss. Im allerbesten Fall dürfte mit der Einlagerung von Reststoffen aus der Rauchgaswaschanlage der KVA Buchs gegen Ende kommenden Jahres begonnen werden können.

Wie uns Albert Beck, Bauführer der Gemeinde Schaan und Delegierter im VfA, auf Anfrage mitteilte, liege der Ball derzeit beim Bauamt, weitere Abklärungen seien durch das Amt für Volkswirtschaft, das Forstamt und das Gewässerschutzamt vorzunehmen. Ebenfalls müsse die Bauherrschaft, der Verein für Abfallbeseitigung (VfA), in seiner Sitzung vom Juni dieses Jahres definitiv über das Bauprojekt entscheiden.

Rücksicht auf Schwalben

Bevor mit einem Bau begonnen werden kann, muss eine Felswandräumung vorgenommen werden. Dabei soll das lockere Material entfernt werden, das für die Arbeiten am Boden eine enorme Gefahr darstellt. Mit dieser Felswandräumung kann jedoch erst dann begonnen werden, wenn die in der Felswand heimischen Schwalben ihre Nistplätze geräumt haben. Das wird frühestens in diesem Herbst der Fall sein. Mit dem Bau der Deponie kann erst nach der Felswandräumung begonnen werden, und wenn alles gut geht, kann dieser

frühestens im Sommer 1994 abgeschlossen werden.

Rücknahme von Abfallstoffen

Das Fürstentum Liechtenstein produziert rund 30 Prozent des in der Kehrichtverbrennungsanlage Buchs verbrannten Abfalls. Dort werden täglich rund 200 Tonnen Abfälle verbrannt. Daraus entstehen pro Tonne 202 Kilogramm Schlacke und 28 Kilogramm Rückstände aus der Rauchgasreinigungsanlage. In der Deponie Schwabbrünnen sollen künftig diese Rückstände ihre Endlagerung finden. Liechtenstein nimmt also mit der Einrichtung dieser Deponie einen kleinen Teil der produzierten Abfallstoffe wieder zurück. Es entspricht damit auch dem für unser Land erlassenen Abfallleitbild, das für Abfälle, die weder vermeidbar noch wiederverwertbar sind, ein Entsorgungssystem vorsieht, das als Ganzes umweltverträglich ist, da die Rückstände in verfestigter Form eingelagert und schrittweise mit einer oberen Abdichtung überdeckt werden, die anschliessend begrünt wird.

Für 15 bis 17 Jahre

Grundlage für das Sicherheitskonzept der Deponie bildet die schweizerische Verordnung über Abfälle, die als die fortschrittlichste in Europa gilt. Das Projekt bietet die grösstmögliche Garantie, dass kein Schaden für die Umwelt und den Menschen entstehen kann. Nach Berechnungen soll sie Deponieraum für rund 15 bis 17 Jahre bilden. Die Kosten von rund 3,5 Millionen Franken werden über die Kehrichtgebühr nach und nach auf die Verursacher umgelagert. Dadurch erhofft man sich eine Besinnung auf die Strategie Nr. 1 des Abfallleitbildes unseres Landes, nachdem Abfälle möglichst zu vermeiden sind.

Zahlt Österreich für die Schweiz?

Brüssel (spk) Die Efta-Länder sind offenbar gewillt einen «konsiderablen» Teil des Schweizer Anteils am Kohäsionsfonds der EG zu übernehmen, wie die österreichische Botschaft in Brüssel am Mittwoch gegenüber der Nachrichtengenerierung spk bestätigte. Kenner der Situation vermuten, dass Österreich den Hauptteil der fehlenden 350 Mio. Fr. übernehmen wird, um den EWR nicht zu gefährden.

Diese Aussagen wollte die österreichische Mission am Rande der Tagung des gemischten Ausschusses EG-Efta am Mittwoch nicht bestätigen. Der Kohäsionsfond ist für die EG-Mitglieder Spanien, Irland, Portugal und Griechenland geschaffen worden. Diese Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt auf, das weniger als 90 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Mit den zusätzlichen Geldern, die seit anfangs Jahr fliessen, soll eine Angleichung an die Wirtschaftsstärke der übrigen EG-Partner erreicht werden.

Mode die gefällt!

B/A/S/L/E/R

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan